

Die „Vorwärts“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., in voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenhand bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, das Baltikum, Mittel- und Ost-Europa die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., bei Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 80b.

Die achtspaltige Nonpareil-Spalte ober dem Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,40 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Vorwärts

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kahrregierung berätet

Die gestrige Ministersitzung

München, 5. September.

Der heutige bayerische Ministerrat, der sich mit der politischen Lage beschäftigte, war von ungewöhnlich langer Dauer. Er dauerte von vormittags 10 Uhr bis gegen 3 Uhr nachmittags. Im Landtag treten Dienstag vormittags 11 Uhr die Vertreter der Koalitionsparteien zusammen. Dann wird wahrscheinlich ein neuer Ministerrat konstituiert. Die heutige Beratung des Ministerrats hat einen definitiven Beschluß nicht erzielt.

Eine Regimentsfeier

Die unmögliche Zumutung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten. München, 5. September.

In Ingolstadt fand gestern der Regimentsstag des 13. bayerischen Infanterieregiments statt. Aus dem Münchener Armeemuseum hatte man die Bataillionsfahnen geholt, die von einer Ehrenkompanie der Reichswehr empfangen wurde. Die Regimentsfeier wurde von einem Paradezug an den Fahnen eingeleitet, der eine große Anzahl von Offizieren in Uniform beteiligte. Eine große Anzahl von Offizieren in Uniform beteiligte sich an dieser Parade, die mit dem in Bayern üblichen national-monarchistischen Gepränge vor sich ging. Die Münchener Abendblätter fallen wieder über die Reichsregierung her. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ überreichen ihren Angriff gegen Berlin mit der Stütze „Vorwärts“ Absolutismus“. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ versucht, den Anschein zu erwecken, als handele es sich um Sein oder Nichtsein des bayerischen Staates, während der „Kurier“ in einem Artikel „Bezirksamt Bayern“ sich gegen den Ton wendet, mit dem die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung verkehrt. Einig ist sich die ganze Kahrpresse darin, daß es eine unmögliche Zumutung sei, die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes zu verlangen; die ganze Presse bereitet den weiteren Widerstand Bayerns gegen etwaige Reichsmaßnahmen vor.

Keine Verwirrung!

Wachsender Widerstand Bayerns

Die reaktionäre Presse macht aus ihrem Mißbehagen über die Rede des Reichskanzlers kein Hehl. Soweit sie außerhalb Bayerns erscheint, bewahrt sie dabei freilich eine Zurückhaltung, nur im Reich der Herren Kahr und Höpner schlägt man deutlichere Töne an. So hat die „Münchener Zeitung“ gestern in zwei Artikeln eine neue skrupellose Heße gegen die Reichsregierung entfacht und insbesondere dem Reichskanzler vorgeworfen, daß er sich wie ein Führer des Proletariats benehme und daß er sich dem Gedanken eines Bürgerkrieges spiele. Die Abspaltungsbewegung in Nordbayern sei ein Werk der Reichsregierung. Gestern nachmittag ist der bayerische Ministerrat nach der Rückkehr des Herrn von Kahr zusammengetreten; ihm ruft dieses Blatt jetzt zu, daß er kein Kompromiß schließen dürfe. Selbst wenn das bayerische Parlament sich für die Beachtung der Maßnahmen der Reichsregierung ausspräche, so müsse die Regierung unter Umständen auch gegen dieses Parlament handeln. Kahr soll also eine offene Diktatur errichten, das ist der Sinn dieser Aufforderung.

Roch deutlicher spricht der „Bayerische Kurier“, eines der einflussreichsten Blätter der Kahrregierung. Er versichert, daß Bayern einem von Berlin ausgehenden Verbot der „München-Augsburger Abendzeitung“ keine Folge leisten werde. Das Verbot war wegen des Leitartikels „Auf dem Wege zum Sowjetregiment“ ausgesprochen worden. In diesem Artikel wurde dem Reichspräsidenten Ebert jeder Anspruch auf Autorität bestritten, weil er seine Stellung dem Rechts- und Eidsbruch der Revolution verdanke. Wird hiermit die eine Widerständigkeit erst angekündigt, so hat die bayerische Regierung sich eine andere bereits zuzulassen kommen lassen. Das Reichsministerium des Innern hatte ein Telegramm des Landtagsabgeordneten Klinger, in welchem dieser gebeten hatte, gegen ein etwaiges Vorgehen der bayerischen Schutzpolizei bei der Demonstration in Koburg einzuschreiten, der bayerischen Regierung zur Prüfung der Angelegenheit übermittelt. Darob nun großes Geschrei über die Einmischung in bayerische Verhältnisse und Entfaltung einer neuen Heße.

Die Lage hat also eine erhebliche Verschärfung erfahren. Die Kahrregierung wird sich also schon dazu begeben müssen, den von Berlin ausgehenden Anordnungen Folge zu leisten, wenn sie nicht die schwersten innerpolitischen Gefahren heraufbeschwören will. Das mag ihr nicht leicht fallen, denn es ist ganz richtig, was ein Münchener Blatt

dazu schreibt, daß mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes die jetzige bayerische Regierung ihr eigenes Todesurteil vollziehe. Gerade weil es feststeht, daß die Herrschaft der Kahr- und Höpner und ihrer Gefolgschaft nur durch ein Willkürregiment gehalten werden kann, muß dem Ausnahmezustand in Bayern jetzt ein Ende gemacht werden.

Um die öffentliche Aufmerksamkeit von den bayerischen Dingen abzulenken, bringt jetzt die reaktionäre Presse allerhand Mitteilungen über angebliche Putschabsichten der Kommunisten. Bei diesen Meldungen ist aber lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens. Jemandem Kommunist hat allerdings eine neue „Parole“ ausgeheckt, die er dieses Mal „Ueberwachungs-ausschüsse“ nennt. Die gewaltige Masse der Arbeiterschaft denkt aber nicht daran, Paroleschmieden von dieser Art Gefolgschaft zu leisten, sondern sie wird wie bisher geschlossen zusammenstehen und sich lediglich nach den Anweisungen richten, die von den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften ausgehen. Das Proletariat wird der Reaktion dieses Mal keine Gelegenheit zu einem billigen Triumph dadurch geben, daß es sich durch unverantwortliche und unkontrollierbare Persönlichkeiten zu Teilsaktionen hinreißen läßt; so geschlossen, wie es in der vorigen Woche zu seinen gewaltigen Kundgebungen aufmarschiert ist, so geschlossen wird es den Kampf durchführen, bis das einmal gesteckte Ziel erreicht ist.

Die Besprechungen in Nürnberg

Ueber die von uns bereits gemeldeten Konferenzen der Partei- und Gewerkschaftsführer in Nürnberg meldet W. L. B. noch:

Hier haben Besprechungen von bayerischen Gewerkschaftsvertretern stattgefunden, an denen auch der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt war. Gegenstand der Aussprache war der gegenwärtige Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, der auch die Interessen der Gewerkschaften in hohem Maße berührt. Der Reichsausschuh der Gewerkschaften in hohem Maße berührt. Der Reichsausschuh der Gewerkschaften Bayerns wird alsbald zusammenzutreten, um entscheidende Beschlüsse zu fassen, die sich auch gegen jede Sonderaktion der Kommunisten richten sollen.

Mit derselben Frage beschäftigte sich auch eine hier tagende Konferenz der sozialistischen Führer aus allen Teilen Bayerns, an der Hermann Müller und Otto Wels vom Parteivorstand teilnahmen. Es kam zum Ausdruck, daß die bayerische Arbeiterschaft geschlossen hinter der Reichsregierung stehe und bereit sei, die Regierung durch alle Mittel zu stützen. Die sozialistischen Parteien Bayerns fordern, daß dem „reichsfeindlichen Treiben der preussischen Offiziers-Clique in München“ sofort ein Ende bereitet werde. Die bayerische Arbeiterschaft sei entschlossen, die Aufhebung des Belagerungszustandes durchzusetzen, der in Bayern nur ganz einseitig gegen die Linke angewendet werde und unter dessen Schutz in Bayern der politische Word heimlich geworden sei. Die S. P. D. sei gewillt, hierbei gemeinsam mit der U. S. P. D. vorzugehen. Alle Verwirrungsversuche der A. P. D. sollen hintangehalten werden.

Die Opfer von Coburg

Coburg, 5. September.

Die Zahl der bei den Unruhen verletzten Personen wird jetzt auf zwanzig angegeben. Der Magistrat der Stadt Coburg gibt bekannt, daß das Aufgebot der Landespolizei ohne den Willen des Oberbürgermeisters erfolgte. Zur Erörterung der Angelegenheit wird der große Gemeinderat einberufen. Die Vorkände der sozialistischen Parteien verlangen in einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern die Abberufung des Stattdirektors Dr. Fröhlich und sofortige Entlassung der Hundertschaft der Landespolizei.

Lügen über Thüringen

Weimar, 5. September.

Das Thüringer Innenministerium teilt drahtlich mit: In Nummer 414 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ findet sich eine Drahtmeldung aus Jena, überschrieben „Gespannte Lage in Thüringen“. Die darin gegebene Darstellung der augenblicklichen politischen Lage in Thüringen ist unzutreffend. Eine allgemeine Erregung, die die Herbeiführung verhängnisvoller Ereignisse aus den breiten Volksschichten heraus befürchten ließe, ist nicht zu bemerken. Einige im Verfolg der Vernehmung des Reichspräsidenten vom 29. August veranlaßte Regierungsmassnahmen werden in der Notiz ausgeführt berichtet. Es ist unwahr, daß der Leiter des Gaujungenbundes des D. h. B. in Schutzhaft genommen worden sei. Der Jugendtag wurde verboten, weil die Abhaltung einer Gedankensammlung auf öffentlichem Platze vorgesehen war. Unwahr ist ferner, daß mehrere deutsch-nationale Versammlungen verboten und dem deutsch-nationalen Redner Raab-Zwischen verboten worden sei in Thüringen zu sprechen. Wahr ist, daß eine Versammlung in Sonneberg wegen Beschädigung des Erzbergermordes durch den genannten Redner vom Stadtverband geschlossen wurde.

Aussprechen, was ist!

Wie in der militärischen, so sind auch in der politischen Kriegsführung Strategie und Taktik unlöslich miteinander verknüpft. Der Generalstab mag den schönsten Schlachtplan aufstellen, wenn ihm die militärischen Kräfte zu seiner Durchführung fehlen, wenn die Unterführungen ihre Aufgabe nicht begreifen, so wird der Plan nur auf dem Papier stehen bleiben. Auch der Politiker kann seine Ziele nicht allein dadurch erreichen, daß er die Situation klar überblickt, sondern er muß die Massen für seine Absichten zu gewinnen verstehen. Es genügt nicht, die politische Reaktion niederzuwerfen; das Ziel muß vielmehr sein, das mobile und das immobile Kapital, die agrarische und die städtische Reaktion so zu treffen, daß sie den Neuaufbau des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland nicht länger hemmen kann. An diesem Kampf ist die gesamte werktätige Bevölkerung interessiert. Von der nationalistischen Heße werden auch weite Kreise des Bürgertums getroffen; durch das Treiben von Großgrundbesitz und Großkapital, die in tollem Wettlauf die Preise für alle Lebensbedürfnisse immer weiter in die Höhe jagen, werden alle minderbemittelten Volksteile gleichmäßig geschädigt. Der Reichskanzler hat in seiner Rede vom Sonntag nur die halbe Wahrheit ausgesprochen, als er scharfe Angriffe gegen das Großkapital richtete und feststellte, daß es aus Egoismus und Gewinnlust gehandelt hat, als es die Ablieferung der Devisen immer wieder verzögerte, in der Hoffnung, daß der Dollar immer weiter steigen werde. Die zweite Hälfte der Wahrheit ist die, daß der Großgrundbesitz die ununterbrochen forstreichende Entwertung der deutschen Mark nicht ungern sieht, weil dadurch auch seine Profitaussichten ins Ungemessene steigen.

Mühte sich also das gesamte Bürgertum mit Ausnahme von Großgrundbesitz und Großkapital hinter den Reichskanzler stellen, wenn er die Reaktion nicht nur durch Worte, sondern durch Taten niederwerfen will, so wird doch die Hauptmacht, auf die er sich dabei stützen kann, die Arbeiterschaft sein. Wie ist nun der Stand der politischen Bewegung des deutschen Proletariats? Der „Vorwärts“ hat in seiner Sonntagsausgabe einen Teil des Berichts des Parteivorstandes der S. P. D. über das Geschäftsjahr 1920-21 wiedergegeben. Wir erfahren daraus, daß die Mitgliederzahl der rechtssozialistischen Partei gegen das Jahr vorher um 40 851 oder um 3,4 Prozent gestiegen ist, und daß die S. P. D. jetzt 1 221 000 Mitglieder mußert. Wir erkennen an diesen Zahlen, daß die rechtssozialistische Partei im vergangenen Jahre nur unwesentlich zugenommen hat. Wir müssen uns aber daran erinnern, daß in das vorige Jahr die von Noskau aus beschlossene Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie gefallen ist. Die S. P. D. hatte von diesem Ereignis eine ungefähre Stärkung ihrer eigenen Position erhofft, und unzählige Male ist in ihrer Presse von dem massenhaften Uebertritt ehemals unabhängiger Arbeiter berichtet worden. Der Geschäftsbericht zeigt, daß das nicht zutrifft; trotz dieser für sie so günstigen parteitaktischen Situation hat die S. P. D. ihren Mitgliederbestand nicht erheblich vermehren können.

Noch viel schlimmer steht es allerdings links von uns aus. Die U. S. P. D. hatte vor einigen Monaten mitteilen lassen, daß sie eine halbe Million Mitglieder zähle; als sie vor ihrem Parteitag von Jena berichtete, daß sie nicht viel mehr als 300 000 Mitglieder habe, erklärte sie die Differenz dadurch, daß man aus taktischen Gründen der Arbeiterschaft nicht immer die Wahrheit sagen dürfe. In Wirklichkeit zählt die U. S. P. D. heute nach dem Eingehändnis ihrer eigenen Führer nicht viel mehr als 100 000 regelmäßig zahlende Mitglieder. Sie ist also zur Sekte geworden, die zum Absterben verurteilt ist, wenn die ihr bisher von Rußland geliefertten Subsidien ausbleiben. In der Tat ist die U. S. P. D. jetzt mit aller Eifer dabei, ihren Organisationsapparat abzubauen. Massenweise wird ihren Funktionären und Redakteuren gekündigt; denn allein mit dem Gelde der deutschen Parteimitglieder läßt sich die Parteimaschine in dem bisherigen Umfange nicht mehr aufrechterhalten, und es wäre eine Fiktion, sondergleich, wenn die U. S. P. D. noch länger Unterstühtungen von Rußland für ihre Parteizwecke annehmen würde, zur selben Zeit, in der sie Geldsammlungen für dasselbe Rußland veranstaltet.

Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß die Unabhängige Sozialdemokratie durch die Spaltung im vorigen Jahre eine schwere Schädigung ihrer Organisation erlitten hat, und wenn wir seitdem auch einen Teil der damals abgeplitterten Kräfte wieder um uns sammeln konnten, so lag es doch nicht im Bereich der Möglichkeit, die Mitgliederzahl wieder zu erreichen, die unsere Partei vor der Spaltung hatte. Wenn wir auch erwarten dürfen, daß die von unserer Partei bisher betriebene Politik vor der Geschichte ihre volle Rechtfertigung finden wird, so würden wir uns einer Selbsttäuschung hingeben, wenn wir behaupten wollten, daß unsere Arbeit jetzt schon die ihr gebührende Anerkennung gefunden hat.

Es steht also als Tatsache fest, daß Hunderttausende von Arbeitern, die bis zur Spaltung der U. S. P.

angehört haben, jetzt von keiner der drei Parteien organisatorisch erfasst werden. Sie sind weder zur K. P. D. gestoßen, noch hat sie die S. P. D. für sich gewinnen können, noch fanden sie die Rückkehr zu uns. Diese Klassen, das heißt sich jetzt mit aller Deutlichkeit heraus, sind in dieser Zeit geworden; haben das große Heer der Teilnahmslosen, der politisch Launen, vermehrt. Wenn manche von ihnen jetzt über das Auswachen der Reaktion erschreckt sind, so mögen sie die Schuld daran bei sich selbst suchen. Ihre Gleichgültigkeit hat erst den Boden bereiten helfen, auf dem das Unkraut der Reaktion üppig gedeihen konnte.

Das ist die bittere Wahrheit, die in dieser Stunde ausgesprochen werden muß. Welchen Weg das Proletariat jetzt gehen muß, das hat die vergangene Woche mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die 500 000, die im Berliner Lustgarten am Mittwoch versammelt waren, die Hunderttausende, die in Hamburg, in Leipzig, in München, in Nürnberg, in Düsseldorf, überall, wo die werktätige Arbeit lebt, für die Republik und gegen die Reaktion demonstrierten, sie waren von einem Willen und von einem Gedanken erfüllt. Da sah man die Fahnen des Sozialismus und der demokratischen Republik friedlich nebeneinander; da gab es keinen Unterschied zwischen rechtssozialistischen, unabhängigen und kommunistischen Arbeitern. Und gerade das gab diesen Kundgebungen ihre eindrucksvolle Wucht und ihre historische Bedeutung, daß sich der Wille des gesamten arbeitenden Volkes auf ein gemeinsames Ziel richtete.

Und nun gibt es diesen Willensausdruck zum politischen Machtfaktor reifen zu lassen. Indem wir uns über die Schwäche unserer bisherigen taktischen Situation klar werden, gewinnen wir die Stärke, die zur Durchführung unserer strategischen Pläne notwendig ist. Wenn die jetzige Bewegung der Massen nicht ein Strohhalm bleiben soll, so müssen sie auch organisatorisch von uns erfasst werden, müssen sie heute erst noch demonstrierenden zu tatkräftigen Mitgliedern unserer Organisationen werden. Die Kundgebungen der vorigen Woche haben gezeigt, daß sie zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion bereit sind. Stärken wir unsere Organisationen, damit sie zum festen Rückhalt für unsere nächste Arbeit werden!

Der verantwortungslose Hezher

Auf dem deutschnationalen Parteitag hielt der Hauptling aller Steuerheuen, Helfferich, die übliche Hezrede gegen die Finanzreform. Dabei sagte er nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“: „Die Sozialdemokraten wollen expropriieren, um dem Auslande die Vermögen zuzuführen.“

Wenn das richtig ist, so hat der Mann damit bewußt, zum Zweck der Verheugung eine gemeine Verleumdung ausgesprochen. Er muß wissen, daß wir Sozialisten nicht dem Auslande, dem Entente-Kapitalismus dienen, sondern die deutsche Arbeiterklasse aus den Fesseln des kapitalistischen Systems befreien wollen, dessen eifrigster Verfechter Helfferich ist. Wenn wir Besitzheuern verlangen, so tun wir das, nicht um dem Auslande zu dienen, sondern einmal, um die Arbeiterschaft vor drückender Belastung zu bewahren, dann aber, um das deutsche Volk vor einem neuen Unglück zu schützen, in das unverantwortliche Katastrophepolitiker, wie Helfferich, es hineinjagen möchten, um in einer neuen auswärtigen Krise ihre gefährlichen Parteizwecke fördern zu können. Es gehört schon ein ungewöhnliches Maß deutschnationaler Niedertracht dazu, durch solche Steuerheze, die die Sozialisten als Agenten des Auslandes hinstellt, die notwendige Sanierung der Finanzen verhindern zu wollen.

Besitz verpflichtet!

Die „Kölnische Zeitung“ für Erfassung der Goldwerte

Die „Kölnische Zeitung“, das führende rheinische Blatt, das dem industriellen Flügel der Deutschen Volkspartei nahesteht, beschäftigt sich in einem bemerkenswerten Artikel mit der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu den Steuerentwürfen. Das Blatt erklärt:

„Die Zeit muß folgen. Die Partei des Besitzes muß anerkennen, daß der Besitz verpflichtet, sie muß in Gegenmaßnahmen zu dem Wirtschaftlichen Steuerprogramm, das sie wegen seiner Ordnungsmäßigkeit verwirft, aufs Beste den Beweis erbringen, daß sie bereit ist, zu opfern und zu steuern bis zu einer Grenze, die lediglich von der Notwendigkeit gezogen wird, die nationale Produktion bis zum höchstmöglichen Maße zu steigern. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch bei der uns allen obliegenden Steuerpflicht zwischen Worten und Wirklichkeit ein Widerspruch besteht, der schon aus Gründen der öffentlichen Moral beseitigt werden muß, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit Recht darauf hinweisen, wie ihre Steuerpflicht einer unentrichtbaren Kontrolle unterliegt, die bei den produzierenden Ständen und den freien Berufen fehlt, daß zwischen dem verschwenderischen Aufwand vieler Kreise und der kümmerlichen Lebenshaltung anderer, besonders des verarmten Mittelstands, ein Gegensatz sich ausgetan hat, der unerträglich ist. Die Spekulations- und Spielwut, die im Volke eingebrannt ist, macht uns zum Gespött des Auslandes, und trotz der reichlich im Lande umfließenden Geldmittel fordert die Regierung vergeblich zur Ablieferung von Auslandsbörsen auf, deren sie zur Bezahlung der Kriegsschuld so dringend bedürftig. Wir sind durch den Krieg arm geworden und werden unsere Schuld nicht bezahlen können, ohne unser Nationalvermögen dazu in Anspruch zu nehmen; wie weit das durch Erfassung des Gewinns aus den Gold- und Sachwerten, die die Sozialdemokratie fordert, möglich ist, ohne diese Werte dem Zugriff des Auslandes preiszugeben, wird ernstlich ins Auge zu fassen sein. Daß alle Schichten des Volkes nach dem Verhältnis ihrer Kraft an der Last, die auf uns liegt, in gleichem Maße zu tragen haben, ist selbstverständlich; zu warnen aber wäre vor einem Verfahren, das etwa den Verzicht der Arbeiterschaft auf verfassungsmäßige Zugewinne wie den Achtsundentag in die Rechnung einsehen möchte.“

Diese Stellungnahme weicht erheblich von der ab, die bisher die Großindustrie und deren Wortführer im Reichstage eingenommen haben. Noch kürzlich hat der volksparteiliche Führer in Steuerfragen, der frühere heftige Finanzminister Dr. Becker, in einer Frankfurter Versammlung schroffe Ablehnung der Erfassung der Goldwerte gefordert. Demgegenüber ist der Standpunkt der „Kölnischen Zeitung“, die Forderung nach Erfassung der Goldwerte ernstlich zu prüfen, schon ein Fortschritt, der Beachtung verdient. Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß die Stellungnahme dieses Blattes durchaus noch nicht identisch ist mit der Stellungnahme der Partei. Deron Absicht aber scheint vor allen Dingen von der Furcht diktiert zu sein, durch eine grundsätzliche Ablehnung der Forderung nach Erfassung der Goldwerte unter Umständen den entgegengesetzten Zweck zu erreichen. Während der Führer der Deutschen Volkspartei,

Dr. Stresemann, vor einiger Zeit noch jede Belastung des Besitzes ablehnte und Ausbringung der Mittel durch Verbrauchsbesteuerung verlangte, hat er vor einigen Tagen in Magdeburg erklärt:

„Eine abschließliche Verweigerung der Mitarbeit in diesen Fragen würde nur dazu führen, die in der heutigen Regierung vertretenen bürgerlichen Parteien in eine hilflose Abhängigkeit vom Linksradikalismus zu treiben. Die Deutsche Volkspartei werde daher unbeschadet ihrer Oppositionsstellung bei der Lösung dieser Frage mitarbeiten.“

Der Zweck der Mitarbeit also ist der Wunsch nach Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Kreise in der gegenwärtigen Regierung, d. h. also die Stärkung jener Elemente, die sich einer wirklichen Besitzbesteuerung ablehnend verhalten, nicht aber die Bereitschaft zur Leistung dessen, wozu der Besitz imstande und bei der Notlage des Reiches verpflichtet ist.

Offiziersehre

Die Hezre der Deutschnationalen gegen den Abgeordneten Erzberger, die zu der Norddeutschen Volksliste führte, gipfelte vor allem in der Behauptung, Erzberger habe sich zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes gedrängt, durch die Unterzeichnung das Heer wehrlos gemacht und Deutschland der Willkür seiner Feinde ausgeliefert. Diese Behauptung widerspricht allen geschichtlichen Tatsachen. Jetzt ist durch den Zentrumsabgeordneten Pfeiffer, der am Sonntag in der großen Zentrumsversammlung nach dem Reichstanzler Wirth sprach, auch noch festgestellt worden, daß die Oberste Heeresleitung im November 1918 nicht nur froh war, daß sich Erzberger zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes bereit erklärte, sondern es wurde ihm durch den Generalfeldmarschall Hindenburg sogar noch ein offizieller Dank gesagt für die Erledigung seiner gewiß nicht leichten Aufgabe im Walde von Compiègne. In den Presseberichten heißt es:

Pfeiffer erzählte u. a. zum erstenmal in der Öffentlichkeit, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach Abschließung des Waffenstillstandes am 30. Dezember 1918 in Pfeiffers Gegenwart und in Anwesenheit des Generals Gröner dem Abgeordneten Erzberger ausdrücklich noch einmal für die Dienste gedankt habe, die jener dem deutschen Vaterlande durch Abschließung des Waffenstillstandes geleistet habe. Erzberger wollte diese Aufgabe nicht annehmen und auch er, Pfeiffer, habe ihn dringlichst vor der Fahrt in den Wald von Compiègne gewarnt.“

General Hindenburg ist ein alter Mann. Wir wissen nicht, wie es mit seinen geistigen Kräften bestellt ist, können aber nicht annehmen, daß sie so schwach geworden sind, daß ihm die unwahren und unehrenhaften Behauptungen der Deutschnationalen gegen den Abgeordneten Erzberger entgangen sind. Es erhebt sich daher die Frage, wieso es General Feldmarschall Hindenburg länger als zwei Jahre schweigen anzuheuern vermochte, daß von deutschnationaler und militaristischer Seite über die Ursachen, die zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes führten, die größten Lügen verbreitet werden konnten. Herr Hindenburg mag politisch denken wie er will, niemand wird es ihm verargen, wenn er seiner Erziehung zufolge Anhänger der Monarchie ist. Aber Hindenburg legt doch sicherlich Wert darauf, trotz alledem ein anständiger Mensch zu sein, und wir müssen deshalb fragen, wieso ihn bisher wenigstens nicht diese Anstandspflicht zwang, der verlogenen Hezre gegen Erzberger entgegenzutreten.

Herr Hindenburg wird im übrigen auch auf dem Standpunkt stehen, daß das Offizierkorps eine besondere Ehre habe. Verpflichtet etwa diese Offiziersehre, von der wir nie recht wußten, was damit gemeint sei, dazu, die Wahrheit zu verschweigen und andersdenkende Menschen in den Kot zu ziehen? Von Ludendorff ist ja schließlich nicht zu erwarten, daß er ein offenes Bekenntnis ablegt. Er hat sich, nachdem er das deutsche Heer in die vollendete Niederlage geführt und eine Regierung gefunden hatte, die bereit war, den Konkurs zu erklären, der durch sein Verschulden hervorgerufen wurde, der Verantwortung durch die Flucht entzogen. Von ihm ist also ein Bekenntnis der Wahrheit nicht zu erwarten. Aber genau so, wie Admiral Scheer den Rat fand, den deutschnationalen Lügen über den Waffenstillstand entgegenzutreten, genau so müßten sich doch auch noch andere deutsche Offiziere finden, die sich von der Gesellschaft verstoßener Lügner lossagen. Wie schon gesagt, das allereinfachste Anstandsgesetz, das doch schließlich jeder Mensch haben sollte, müßte dazu verpflichten. Oder ist etwa die „Offiziersehre“ ein Hindernis, offen auszusprechen, was wahr ist? Ist sie ein Freibrief für offensündige Verleumdungen, schließt sie in sich den Zwang ein, unter allen Umständen zu lügen, sobald die Ehre eines Mannes auf dem Spiele steht, der zufällig keine Ahnensstufe trägt?

Achtet die Reichswehr!

Eine Kundgebung der Reichsregierung

Der Reichspräsident hat eine Kundgebung für die Wehrmacht des Reiches erlassen, die bedauert, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Straßen ohne jeden Grund angegriffen, beleidigt und sogar mißhandelt worden sind. Die Reichsregierung sei entschlossen, diesem Zustand ein Ende zu machen. Durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Verfassung und auf besondere Befehle des Reichswehrministers sei für die Zukunft jeder Mißbrauch der Uniform verhindert. Die Regierung müsse daher von allen Kreisen des Volkes und allen Parteien verlangen, sie in ihrem Bestreben, der Wehrmacht des Reiches die gebotene Achtung und Geltung zu sichern, zu unterstützen.

Ausstellungen gegen einzelne Angehörige der Reichswehr finden gemäß nicht den Beifall von anständigen Menschen. Wenn sie sich trotzdem ereignen haben, so nur, weil die Reichswehr bisher der Hort aller reaktionären Elemente ist und dadurch den Haß der republikanischen Elemente hervorgerufen hat. Achtung kann die Reichsregierung der Reichswehr bei den großen Massen des werktätigen Volkes nur verschaffen, wenn sie sie rüchlos von jenen reaktionären Elementen säubert, die sie in Verruf gebracht haben.

Ein Symptom

Der preussische Minister des Innern hat am 15. Juli 1921 eine Zirkularverfügung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten ergehen lassen, in der es sich um die Vernehmung auszuwählender oder heimzuschaffender Ausländer nach ihrem Heimatstaate handelt. Die „Welt am Montag“ bringt das Zirkular wörtlich zum Abdruck. In diesem dienstlichen Schriftstück des republikanischen Ministers Dominicus finden sich folgende Sätze:

„Das Formular soll durch die Regierung zu machen, die auch die Kosten auf ihren Etat zu übernehmen hat, für den Bereich der ganzen Monarchie beschafft werden.“ Und an einer anderen Stelle: „Uebereinstimmend haben die Untere eine Forderung zu erhalten, in der sie — nur mit den erwähnten Unterlagen versehen — an die kaiserlichen Beamten im Auslande weitergeleitet werden können.“

Unterzeichnet ist das Zirkular von Herrn v. Rihing (im Auftrage des Ministers des Innern) und von Herrn Goedecks (im Auftrage des Finanzministers). An der Tat sind also zwei Ministerien der Republik Preußen beteiligt. Ist das nun nur ein Zeichen dafür, daß den verantwortlichen Beamten die hergebrachten dienstlichen Wendungen so im Blute sitzen, daß sie ihnen von selbst aus der Feder fließen, oder ist diese seltsame Erscheinung dadurch zu erklären, daß die Herren die Wiederkehr der Monarchie in so kurzer Zeit erwarten, daß sie etwas zu ihrer Vorbereitung zu tun wünschen? In jedem Falle ist es ein Zeichen des Geistes, der unter den Beamten herrscht, und das beweist von neuem, wie notwendig hier ein gründliches Reinemachen ist.

Die Tagung des Reichswirtschaftsrats

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat tritt am 12. September zu einer Plenartagung zusammen. Da dem Plenum außerordentlich reichhaltiges Material vorliegt, werden sich die Sitzungen über den Zeitraum einer Woche erstrecken. In erster Stelle stehen die Beratungen über die neuen Steuergesetzentwürfe, die von dem Reparationsauschuß und einem Arbeitsauschuß zur Zeit bearbeitet werden. Zu den Entwürfen eines Gesetzes über Änderung des Körperschafts- und des Kohlensteuergesetzes, dem Entwurf eines Kennwertgesetzes und der Erhöhung einer Reihe einzelner Verbrauchsteuern hat der Reparationsauschuß bereits Stellung genommen. Die weiteren Entwürfe neuer Steuergesetze werden dem Reparationsauschuß in seinen Sitzungen am 9. und 10. September vorliegen. Das Plenum wird außerdem mit dem Schlichtungsordnungsgezet, dem Arbeitsnachweisgesetz und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Lohnstatistik zu befassen haben, weiterhin mit der Regelung der Arbeitszeit im Stein- und Zementbergbau. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und eine größere Anzahl von Anträgen. Wie verhandelt wird Minister Rathenau dem Reichswirtschaftsrat über die Wiesbadener Verhandlungen berichten.

Das Steigen der Lebenshaltungskosten

Die Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt monatlich auf Grund von Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung festgestellt wird, ist vom Juli zum August um 2 Punkte von 963 auf 1045 gestiegen. Die Erhöhung beträgt gegenüber dem Vormonat 8,5 v. H., gegenüber dem Monat Januar dieses Jahres 10,7 v. H. Im Vergleich zu dem seit Beginn dieses Jahres im April erreichten tiefsten Punkte (880) haben sich bis zum Berichtsmonat die durch die Teuerungszustände ersparten lebensnotwendigen Ausgaben um 18 1/2 v. H. erhöht. Die Preissteigerung, die in der Mitte des Monats August eintrat, kommt in der Indexziffer erst zur Hälfte zum Ausdruck. Zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten haben Preisrückgänge für eine große Reihe von Lebensmitteln, neben Brot besonders für Getreide, Schweinefleisch, Hüllenschräfte, Nahrungsmittel, Eier und Fische, beigetragen. Lediglich Kartoffeln und Gemüse haben etwas im Preise nachgelassen. Die Bewegung war, wie im Vormonat, innerhalb des Reiches, ziemlich einheitlich.

In Wirklichkeit ist die Steigerung der Lebenshaltungskosten noch wesentlich höher als sie die amtliche Statistik nachweist. Denn sie ist, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, unvollständig.

Die Wohnungszwangswirtschaft

Eine Kundgebung der Mieterchaft

U. Dresden, 5. September.

Anläßlich des in Dresden stattfindenden 15. Bundestages des Bundes deutscher Mietervereine versammelte sich am Sonnabend die organisierte Mieterchaft Groß-Dresdens mit den Gästen von auswärts im Zirkus Sarraloni. Nach kurzer Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen: Die am 3. September 1921 im Zirkus Sarraloni in Dresden zu Tausenden versammelten Dresdener Mieter und die zum 16. deutschen Mietertag versammelten Vertreter der deutschen Mietervereine fordern von der Reichsregierung und vom Reichstag unbedingte Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft und weitestgehenden Ausbau des Mieterschutzes. Ein Mieterschutzgesetz oder ein Mieterschutzgesetz, welches den Abbau der Zwangswirtschaft einleitet, wird von der Mieterchaft aufs schärfste bekämpft werden. Die Mieter fordern energische Förderung aller Maßnahmen, welche die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen zum Ziele haben. Die Not des Volkes fordert Unterbindung jeder Spekulationswirtschaft im Wohnungswesen. Die organisierte Mieterchaft warnt die Regierung und die Volksvertreter eindringlich vor einem Nachgeben gegenüber einer kleinen, aber kapitalstarken und einflussreichen Interessentengruppe. Wird diese Warnung nicht beachtet und der bedrängten Mieterchaft damit die Hoffnung auf eine Geländung unseres Wohnungswesens genommen, so lehnt die organisierte Mieterchaft die Verantwortung für die Folgen ab.

Eisenbahnunglück bei Zserlohn

Altena, 5. September.

Das Eisenbahn-Betriebsamt gibt bekannt: Am 4. September um 2 Uhr 15 Minuten nachmittags fuhr auf dem Bahnhof Zserlohn der Personenzug 888 von Schwerte nach Zserlohn dem Personenzug 1317 von Veltheke nach Zserlohn in die Höhe. Vier Personen wurden getötet, eine Person schwer und 20 leicht verletzt. Von den vier Getöteten sind bisher festgestellt: Karl Streuer aus Kelmern bei Henne, August Böing, Widerfeld bei Hörde, Wilhelm Dönert aus Veltheke bei Zserlohn. Vier Personenzüge sind beschädigt. Der Betrieb wurde nach kurzer Unterbrechung um 8 Uhr abends wieder im vollen Umfange aufgenommen. Die Untersuchung der Schuldfrage ist eingeleitet.

Die kommunistische Zeitung Rote Fahne des Odens ist verboten worden.

Streik der Hanauer Edelmetallarbeiter. Da die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu keinem Resultat führten, haben die Gold- und Silberarbeiter in Hanau mit großer Majorität die Arbeitsniederlegung beschlossen.

Rückgang der Arbeitslosen in Elsaß. Im Vergleich zu der vorigen Woche ist die Zahl der Arbeitslosen in Elsaß wieder um 66 708 gesunken.

Wie Wilhelm Hohenzollern desertierte

Die Gattin des ehemaligen englischen Gesandten im Haag, Lady Susanne Tomlin, veröffentlicht in der „Postischen Zeitung“ zufolge in einem englischen Blatte Erinnerungen über die Ankunft des kaiserlichen Hofes auf holländischem Boden. Ein paar Tage nach dem historischen Ereignis ließ sie sich alle Einzelheiten von dem holländischen Soldaten erzählen, der das Tor zu bewachen hatte, durch das Wilhelm II. seinen Einzug in Holland hielt.

Ihrer Schilderung nach hatte der Grenzwächter am 10. November 1918 um 1/7 Uhr morgens Dienst, als ein Auto in schneller Fahrt an der belgischen Seite vorfuhr und am Tor hielt. Ein deutscher Offizier sprang ab und wendete sich an den Soldaten mit der Aufforderung, den Wagen passieren zu lassen. Dies ist unmöglich, sagte der Soldat. Aber ich verlange die Durchfahrt, beharrte der Offizier. Der deutsche Kaiser ist hier und man muß ihm gestatten, seine Reize nach Holland fortzuführen. Als der Soldat an der unwahrscheinlichen Behauptung zweifelte, daß der deutsche Kaiser nach Holland wolle, und neuem erklärte, er dürfe keinen deutschen Offizier durch das Tor lassen, stieg noch ein zweiter Offizier aus dem Wagen und kam heran. Ich wünsche sofort zu passieren, sagte er. Sie kennen mich nicht. Ich bin der deutsche Kaiser. Bei diesen Worten richtete sich der Grenzwächter auf und sah, daß tatsächlich der Kaiser vor ihm stand. Trotzdem beharrte er auf seinem Standpunkt und erklärte, er dürfe keine Pflicht nicht verletzen. Er erwiderte: Ich sehe, Sie sind der Kaiser, aber meine Order lautet, niemand die Durchfahrt zu erlauben. Der Kaiser: Wer hat Ihnen diesen Befehl gegeben? — Mein Hauptmann. — Wo ist er? — Dort drüben in der Wachtstube, sagte der Soldat und zeigte auf ein weißes Häuschen in einiger Entfernung. Er schließt jetzt. — Rufen Sie ihn und sagen Sie ihm, daß der deutsche Kaiser hier ist und die Grenze zu passieren wünscht. — Jawohl, ich rufe ihn, aber erst muß ich das Tor schließen, sagte der standhafte Holländer.

Er ging zu seinem Hauptmann und erklärte ihm, daß der deutsche Kaiser ihn zu sprechen wünsche, der noch immer auf der belgischen Seite wartete. Der Hauptmann wiederholte, was der Soldat gesagt hatte, nämlich, daß er dem Kaiser ohne ausdrücklichen Befehl nicht erlauben könne, holländisches Gebiet zu betreten. Aber er fügte hinzu, daß er sich telefonisch nach dem Haag um Instruktionen wenden wolle. Das wird einige Zeit dauern, sagte der Kaiser. Ich kann nicht am Wege stehen bleiben, bringen Sie mich an einen anderen Ort, wo ich warten kann. Der Hauptmann war in Verlegenheit, was er in einer so unvorhergesehenen Lage tun sollte. Er überlegte einen Augenblick und sagte dann, er wolle den Vorsteher der kleinen Bahnstation auf der holländischen Seite bitten, den Kaiser auf dem Bahnsteig warten zu lassen, wenn dieser das Ehrenwort geben wolle, wieder über die Grenze zurückzuführen, falls er dazu aufgefordert würde. Der Kaiser gab die gewünschte Versicherung und ging sofort auf das Tor zu in der Erwartung, jetzt zur holländischen Freizügigkeit gelassen zu werden. Aber das Tor blieb geschlossen. Währenddessen ging der Hauptmann zum Stationsvorsteher und fragte ihn, ob er die Verantwortung für die Anwesenheit des Kaisers auf seiner Station übernehmen wolle. Beide kamen zum Kaiser zurück, das Tor wurde geöffnet und der kaiserliche Flüchtling betrat holländischen Boden, wo er seinen Degen abgab. Auf dem Bahnsteig wartete der Kaiser sechs Stunden, während der Hauptmann nach dem Haag telephonierte, daß der Kaiser sich in Holland befinde und auf holländischem Gebiet vor seinem eigenen Volke Sicherheit zu suchen wünsche.

Wir sehen, der Desertation Wilhelm Hohenzollerns wurden zwar einige Schwierigkeiten bereitet, im ganzen lief aber die Flucht recht glimpflich ab, der Hohenzoller hatte auf der Flucht keinerlei Strapazen zu erdulden. Dem armen Teufel von Soldaten, der in seiner Verzweiflung aus dem Dreck und Schmutz des Schützengrabens herauswollte, wurde kein Offizier als Beschützer beigegeben. Ihn begleiteten höchstens, sofern keine Fluchtschlupfen bekannt wurden, ein paar Posten mit geladenem Gewehr ins Zuchthaus, gelang aber dem einen oder anderen die Flucht aus dem Schützengraben, dann lief er Gefahr, hinter der Front oder an der Grenze erschossen zu werden.

Scharfmachereien gegen die sächsische Regierung

Der Volksparteiler Dr. Philipp ersucht die Reichsregierung, gegen die sächsische Regierung scharf zu machen, weil diese während des Landarbeiterstreiks im Leipziger Bezirk die Technische Rothhilfe nicht zu Streikbrecherarbeiten kommandiert hat. Sächsische Regierungsstellen hätten das Einsetzen der Technischen Rothhilfe verweigert, und dann weitere Kapitalverbrechen begangen, die Herr Philipp mit folgenden Worten an das schwarze Brett schlägt:

Als die Technische Rothhilfe schließlich eingesetzt wurde, bestimmten die sächsischen Regierungsstellen, daß die Rothhilfe sich nur auf Notstandsarbeiten zur Versorgung des Viehs und zum Einbringen bereits geernteten Getreides zu erstrecken habe, dagegen das Mähen des Getreides nicht als Notstandsarbeit zu gelten habe. Außerdem wurde verlangt, daß die Rothhilfe getrennt von den anderen Arbeitern ihre Tätigkeit verrichten sollen.

Es ist doch gut, daß es in Leipzig einen völksparteilichen Abgeordneten Dr. Philipp gibt, sonst wären doch diese schrecklichen und wenig kapitalfreundlichen Maßnahmen der sächsischen Regierung ungerochen geblieben.

Dunkle Börsenmanöver

Berlin, 5. September.

Nach einer Londoner Meldung berichtete die „Daily Mail“, im deutschen Reichsfinanzministerium werde gegenwärtig eine Denkschrift ausgearbeitet, die beweisen soll, daß Deutschland keine weiteren Reparationszahlungen mehr leisten könne. Diese Meldung, die bedauerlicherweise auch in deutschen Zeitungen Aufnahme gefunden hat, entbehrt jeder Begründung. Sie ist geeignet, Deutschland auf schwerste zu schädigen und hat vermutlich die Bestimmung, irgendwelchen dunklen Börsenmanövern zu dienen.

Danziger Klassenjustiz

Danzig, 5. September.

Der Strafsenat des Oberlandesgerichts hat sich in seiner Sitzung vom 3. 9. mit der Strafsache gegen die Abgeordneten Kohn und Schmidt wegen der Vorgänge im Volkstage am 4. August beschäftigt. Er hat die Ansicht des Senats bestätigt und die Rechtsfrage, ob bei den Beschuldigten der dringende Verdacht eines Verbrechens gegen § 105 des Strafgesetzbuches besteht, bejahend beantwortet.

§ 105 des Strafgesetzbuches bestimmt, daß der Versuch, eine gesetzgebende Versammlung auseinanderzusprennen, zur Festsetzung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, mit Zuchthaus oder Festungshaft nicht unter 5 Jahren bestraft wird. Bisher hat obige Einmütigkeit darüber geherrscht, daß diese Ver-

stimmung gesetzgebenden Körperschaften einen Schutz vor Bedrohungen von außen her gewähren soll. Niemals, selbst in schärfsten Reaktionszeiten nicht, ist aber diese Bestimmung gegen eine Opposition aus der Mitte der Versammlung heraus anzuwenden versucht worden, wie es jetzt in Danzig geschieht.

Volks-Versammlungen

heute, Dienstag, den 6. September, abends 7 Uhr in folgenden Lokalen:

- D. Andreas-Festhalle, Andreasstr. 21, Viehhofstraße, Ede-naer Straße.
- SD. Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Großer Saal), Graumanns Festhalle, Naunynstr. 27.
- S. Aliens Festhalle, Hasenheide (Großer Saal).
- W. Rationalhof, Bülowstr. 37.
- SW. Kammerhalle, Teltower, Ecke Belle-Alliance-Str.
- WW. Moabiters Gesellschaftshaus, Nischestr.
- N. Büttners Festhalle, Schwedter Str. 23-24, Germania-Festhalle, Chausseest. 110, Schulaula, Gleimstr., Schulaula, Grefenbacher Str. 20, Schulaula, Grünthaler Straße 5.
- ND. Gymnasium, Greifswalder Straße.
- Friedrichsplatz, Prinzenallee 30, Ecke Wilhelmstr.
- Stralau, Lokal Schoner, Kynaststr. 20-21.
- Mariendorf, Aula des Gymnasiums, Kaiserstr.
- Lichterfelde, Hennings Festhalle, am Bahnhof Ost.
- Pankow, Konzerthaus Binder, Breite Str. 34.
- Cyrenia, Stadttheater, Wilhelmstr.
- Charlottenburg, Türkisches Zelt, Berliner Str. 54.
- Sieglin, Gymnasium, Heelestr.
- Weißensee-Hohenschönhausen, Aula Realgymnasium, Wolk-promenade.
- Tegel, Strandhäfch.
- Schöneberg-Friedenau, Hohenzollernschule, Belgier-, Ecke Eisenacher Straße.
- Oberhohenschönhausen, Schulaula, Frischenstr.
- Treptow, Brauns Gesellschaftshaus, Am Bahnhof Treptow.
- Alt-Glienide, Lokal Vohn, Grünauer Straße.
- Richtberg, Aula Parkhaus, In der Röllendorfer.
- Neudöan, Aliens Festhalle, Hasenheide.

Tagesordnung:

Die Teuerung und die neuen Reichssteuern

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer u. Frauen!

Da in diesen Versammlungen neben der Teuerung und den neuen Reichssteuern auch die politische Lage erörtert werden wird, erjuchen wir, für den Besuch der Versammlungen rege Propaganda zu machen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg / U S P D.

Gröfzung der Völkerbundsversammlung

Genf, 5. September.

Die Schweizer Tagung der Völkerbundversammlung wurde heute vormittag im Genfer Reformationsaal vom Vorsitzenden des Völkerbundes Wellington Koo (China) eröffnet. Als den wichtigsten Punkt der diesjährigen Tagung bezeichnete der Präsident die Abrüstungsfrage. Er fügte hinzu, daß sie nicht schnell gelöst werden könne. Wellington Koo sprach schloß mit der Versicherung, daß der im gegenwärtigen Uebereinkommen begründete Völkerbund in keinem Sinne ein Staat über den Staaten sei, aber wohl eine Vereinigung der Nationen, die dazu bestimmt ist, die schrecklichen Kriegskatastrophen zu vermeiden, auf praktische Weise die Führung der internationalen Geschäfte zu erleichtern, einen Zustand allgemeinen Wohlstandes der Menschheit zu entwickeln. Bei der Wahl des Präsidenten der Völkerbundversammlung im zweiten Wahlgang wurde van Karnebeck (Holland) mit 22 Stimmen gewählt, während da Cunha 15 Stimmen und Motta (Schweiz) eine Stimme erhielt. Abgegeben waren 38 Stimmen, davon eine weiße. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, woran sich die französische Delegation nicht beteiligte.

Der neugewählte Präsident der zweiten Völkerbundversammlung van Karnebeck (Holland) führte aus, daß die vorige Völkerbundversammlung die Grundlage zum Völkerbundwerk gelegt habe und diese Versammlung jetzt an die eigentliche Arbeit herantrete. Die Wahl des Vizepräsidenten wurde nach längerer Debatte auf Grund eines Antrages Branting (Schweden) vertagt, weil im vorigen Jahre erst die Kommissionspräsidenten gewählt wurden und dann aus ihren Reihen der Vizepräsident aus der Vollversammlung. Die Sitzung schloß darauf um 1/6 Uhr.

Die Interventionsfurcht in Moskau

DE. Terijoki, 3. September.

In Moskauer politischen Kreisen wird die letzte Rede Trotskis im Moskauer Sowjet lebhaft erörtert, die sich mit dem neuerlichen von Frankreich inspirierten Versuch der Entente befaßt, eine Intervention von Seiten Rumäniens in die Wege zu leiten. Den Befürchtungen Trotskis wird ernsthafte Bedeutung beigelegt, und man spricht von einer Zusammenziehung für die Intervention bestimmter rumänischer Truppen unter Beteiligung von Abteilungen Petljuras. Eine etwaige neue Intervention würde, nach Ansicht der führenden Kreise, in Anbetracht der Hungerkatastrophe besonders schwere Folgen für das russische Volk zeitigen. Die Regierung gibt sich der Zuversicht hin, daß es ihr gelingen werde, den neuen Versuch eines bewaffneten Angriffs niederzuschlagen.

Die amerikanische Hilfsadministration zur Auflösung des autonomen Hilfskomitees

DE. Riga, 3. September.

Der Rigaer Vertreter der amerikanischen Hilfsadministration erklärte Professor Terijoki, daß die Amerikaner keinerlei Bestrebungen zu dem autonomen Moskauer Hilfskomitee unterhielten und daher keinen Anlaß hätten, auf die Auflösung des Komitees durch Einstellung der amerikanischen Hilfeleistung zu reagieren. Die

amerikanische Hilfsadministration werde aber in verschiedenen Städten Russlands Verteilungskommissionen unter Beteiligung russischer Intellektueller gründen; dieses Recht sei durch den Rigaer amerikanisch-russischen Vertrag gesichert. Die amerikanische Hilfsadministration werde für die Unantastbarkeit der Verteilungskommissionen einzustehen wissen.

Rußlands Aufträge in Deutschland

Eine Unterredung mit Prof. Lomonosoff

D.E. Berlin, 5. September.

Der eben in Berlin eingetroffene Prof. Lomonosoff, der Chef der russischen Eisenbahnkommission im Auslande, teilte dem Vertreter des Ost-Expres mit, das russische Eisenbahnwesen leide an Mangel von Heizmaterialien, Lokomotiven und Lebensmitteln für die Arbeiter und Angestellten. Obwohl die Zahl der vorhandenen Lokomotiven den Anforderungen des Transportes nicht genüge, mühten doch zur Zeit gegen 1000 betriebstüchtige Lokomotiven zu sein, da keine Heizmittel für sie vorhanden seien. Daher bringt auch die Hoover-Organisation eigene Kohlen zur Beförderung ihrer Lebensmitteltransporte mit. Prof. Lomonosoff äußerte die Ueberzeugung, daß zum Oktober die Heizmittelkrise überwunden sein dürfte. Der Neubau und die Reparatur von Lokomotiven werde in Sowjetrußland dadurch beeinträchtigt, daß etwa 70 Prozent der qualifizierten Arbeiter aus den Betrieben in die Verwaltungsorgane, aufs Land und in die Rote Armee abgewandert seien; für den Nachschub sollen nun spezielle Arbeiterkurie sorgen. Die Eisenbahnkommission hat 700 Lokomotiven in Deutschland und 1000 in Schweden bestellt; zur Zeit sind aus Hamburg die ersten neun deutschen Lokomotiven und aus Stockholm drei schwedische Lokomotiven nach Petersburg abgegangen. Bis zum 1. Januar 1922 müssen im ganzen 250 Stück von Deutschland geliefert werden. Die Bestellungen in Deutschland haben einen Wert von 6 Milliarden Mark, die bar ausgezahlt werden sollen. An den Bestellungen sind sämtliche deutschen Lokomotivfabriken, ferner die Firmen Krupp, Otto Wof (Köln), Westfälische Werke in Bochum, Mannesmann und andere beteiligt. Ein Bedarf an deutschen Ingenieuren besteht zur Zeit in Rußland nicht. — Zur Konzeptionsfrage erklärte Lomonosoff, daß weder der Transport noch Kraftwerke konzeptioniert werden sollen; dagegen würden in erweitertem Umfang Konzeptionen auf anderen Gebieten geplant. Der Petersburger Hafen arbeitet gut, wie das auch die deutsche Kommission, die im August Petersburg besuchte, feststellen konnte. An der Spitze des Hafens steht derselbe Kapitän (früher Fürst) Schtschewitsch, der vor der Revolution diesen Posten bekleidete.

61 Verschwörer in Petersburg erschossen

D.E. Terijoki, 5. September. (Drahtbericht.)

Die Petersburger „Pravda“ bringt einen dem Petersburger Sowjet vorgelegten Bericht über die Petersburger Verschwörung. Danach sollen über 200 Personen an der Verschwörung teilgenommen haben. In Finnland hätten Zweigstellen der Pariser Verschwörungszentrale bestanden, deren Leitung Prof. Drimm und Prof. Kowitsch in Helsinki in Händen gehabt hätten, die mit General Wrangel in Verbindung standen haben sollen. 50 Prozent der Verschwörer seien Sowjetangestellte gewesen, ferner Professoren, Studenten und einige Kommunisten. 61 Teilnehmer der Verschwörung sind erschossen worden, darunter Prof. Laganzow und seine Frau, Nikit Ustomski, Fürst Tumanow, der bekannte Staatsrechtler Prof. Polakowski, Prof. Lichwinitsch, der Geologe Kollowski, der Dichter Gumilew. Der Petersburger Sowjet fordert in einem Beschluß strenge Maßnahmen zur Abschneidung aller Versuche, im gegenwärtigen schwierigen Augenblick einen neuen Bürgerkrieg heraufzubeschwören zu wollen. Die Petersburger „Pravda“ und „Krasnaja Gaseta“ suchen das aufgelöste autonome Allrussische Hilfskomitee mit der Petersburger Verschwörung in Zusammenhang zu bringen. Die Moskauer „Pravda“ beschuldigt das Komitee, nach der Belagerung der Regierungsgewalt gestrebt zu haben.

Britischer Gewerkschaftskongress Neue Methoden notwendig

London, 5. September.

Der Gewerkschaftskongress wurde in Cardiff eröffnet. 830 Delegierte, die über 6 000 000 Mitglieder vertreten, nahmen an der Sitzung teil. Der diesjährige Vorsitzende Boulton erklärte in seiner Eröffnungssprache bezüglich des Vorschlags, einen Generalrat der Gewerkschaften zu errichten, die bisherige Methode sei vollkommen unzulänglich. Neue Methoden müßten eingeführt werden, damit die Gewerkschaftsbewegung sich endlich mit den industriellen Lebensfragen befassen könne. Boulton erklärte sich gegen die Revolution durch Gewalt und sagte, die große Mehrheit der Arbeiter sei für eine friedliche Entwicklung. Zur Arbeitslosenfrage erklärte der Vorsitzende, die bestehende Arbeitslosigkeit verurteile schon allein die gegenwärtigen Zustände. Die Staatsmänner, Politiker, Bankiers und Unternehmer dürften versichert sein, daß die augenblicklichen Zustände des Handels, der Wirtschaft und der Gesellschaft beseitigt werden und daß andere, die auf Gerechtigkeit begründet seien, an ihre Stelle treten müßten. Die Arbeiterpartei müsse die vorherrschende Partei des Staates werden. Zur Frage der Internationale erklärte Boulton, die Notwendigkeit, zu einer Verständigung mit den Arbeitern der anderen Nationen zu gelangen, sei größer als je. Die barbarische und wahnsinnige Methode der Regelung von Streitigkeiten durch Kriege müsse verschwinden.

Die Verhaftungen in London

London, 4. September. (Reuters.)

Das Oberste Gericht hat der Polizei befohlen, 30 Mitglieder des Munizipalrates von Poplar (Arbeiterviertel Londons) zu verhaften. Achtzehn sind schon verhaftet worden, darunter Lansburg, der Herausgeber der Arbeiterzeitung „Daily Herald“. Fünf weibliche Munizipalmitglieder sollen morgen verhaftet werden. Das Oberste Gericht hat die Festnahme verfügt, weil diese Munizipalmitglieder sich geweigert haben, gewisse lokale Steuern einzuziehen, unter dem Vorwand, die Zahlung der Arbeitslosen-Unterstützung hätte die trübsamen Steuerzahler von Poplar erschöpft. Die Verhaftungen wurden in vollkommener Ordnung durchgeführt. Große Scharen Arbeitsloser begrüßten die Verhafteten, als sie von der Polizei fortgeführt wurden.

Wie die E.-Korrespondenz aus London meldet, fanden am gestrigen Sonntag verschiedene Volksversammlungen im Stadtteil Poplar unter freiem Himmel statt. Zahlreiche Redner forderten von den Streikträgern des Bezirks, passive Resistenz anzuwenden, solange die Stadträte im Gefängnis seien. Der Witzsingspreis wurde für eine wirksame Waffe erklärt, die viel wirksamer sein würde als lärmende Kundgebungen.

Grosser Herbst Verkauf

Damen-Wäsche

Hemd mit schöner Stickerei gestärkt... 24⁵⁰
 Beinkleid
 Knieform, mit Stickereinsatz 23⁵⁰
 Nachthemd
 halstief, mit Stickerei, auch im Rücken..... 47⁵⁰
 Prinzessrock
 vorzügl. Stiz, sehr reich mit Stickerei ausgestattet 65⁰⁰

Korsette

Korsette aus Dreifachstoff, weiss u. farbig,
 mit dreier Schliesse, 1 Paar Gummihalter... 39⁵⁰
 Korsette aus Dreifachstoff, farbig, Zweifach-
 form, mit Stickereigarnierung, 1 Paar Halter 50⁰⁰
 Backfisch-Korsette und Leibchen
 mit Faltenbusch, aus guten festen Stoffen... 27⁵⁰
 Reform-Korsett weiss, vorzügl.
 Stiz, mit herausnehmbaren Slangen 42⁵⁰

Spitzen-Garnitur
 elegante, aus vorzüglichem
 Makostoff, Hemd und Bein-
 kleid, geschlossene Form 95⁰⁰

Morgenröcke

Flausch-Morgenrock
 Geisheform, mit einreihiger Blende 95⁰⁰
 Trikot-Morgenrock
 mit einreihiger Blende u. Aermelausschlag 165⁰⁰
 Flausch-Morgenrock
 laQualität, jede Form mit Krimmergarnitur 265⁰⁰
 Flausch-Morgenjackette
 mit türkischer Blendengarnitur 69⁵⁰

Taschenlucher

Taschenlucher
 Linon, weiss, mit Kordelkante... Stück 3⁵⁰ 3⁹⁵
 Taschenlucher
 Linon, weiss, mit Kordelkante ... Stück 4⁷⁵ 5²⁵
 Taschenlucher
 Linon, weiss, mit bunter Kante... Stück 4⁷⁵ 5²⁵
 Taschenlucher
 für Kinder Stück 1³⁵

Leinen

Küchen-Handlucher
 grau Dreif, gestumt und gebündelt... Stück 12⁷⁵
 Stuben-Handlucher
 weiss Dreif, gestumt und gebündelt... Stück 14⁷⁵
 Stuben-Handlucher
 weiss Gerlenkorn, gestumt u. gebündelt, Stück 16⁵⁰
 Wischluch Halbleinen..... Stück 9⁰⁰

Schürzen

Tändelschürze
 glatt Battil, mit Stickerei 11⁵⁰
 Wiener Form
 blau weiss Indigo 22⁵⁰
 Wiener Form
 aus gebildeten festen Stoffen, hübsch garniert 39⁵⁰
 Weisse Wiener Form
 mit Latz, glatt Battil, reiche Stickerei 29⁵⁰

Baumwollstoffe

Hemdenbarchent
 ein abig, ca. 80 cm breit Meter 8⁵⁰
 Kleider-Velours
 in schönen Mustern Meter 12⁵⁰
 Blusenbarchent
 gestreift Meter 13⁵⁰
 Kleiderstoffe doppelbreit... Meter 18⁵⁰

Polierlucher

gelb, weiches Gewebe Stück 1⁹⁵

Edt Silber
 925/000
 Edite
 Markasiten,
 echt Emaille
 36⁵⁰

HERMANN TIETZ

Dem Genossen Otto Döring
 die herzlichsten Glückwünsche
 zu seinem 50. Geburtstage.

Der Vorstand der
 Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
 e. G. m. b. H.

Unserem Vorsitzenden, Genossen

Otto Döring

zu seinem heutigen 50. Geburtstage
 die herzlichsten Glückwünsche.

Der Aufsichtsrat
 der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Herzlichste Glückwünsche
 unserem Genossen Otto Döring
 zu seinem 50. Geburtstage

Aufsichtsrat und Geschäftsführung
 der Berliner Druckerei G. m. b. H.

Zum 50. Geburtstage
 den herzlichsten Glückwunsch
 dem Genossen Otto Döring

Das Personal der
 Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Das
Milliarden-Souper
 wird morgen, Mittwoch, im Berliner Theater
 zum 150. Male serviert.

Thalia-Theater
 Die Operette
Schäm' Dich - Lottel
 von der ganz Berlin sprechen wird.
 EDUARD LICHTENSTEIN u. G.
 ELSE MÖLLER, DORA HRACH, ALTA HILLER, FRITZ BECKMANN, ROLF BRUNNER, MAX YOBSEN

Von der Reise zurück
Dr. A. Hahn
 Chirurg und Frauenarzt
 Schöneberg, Hauptstr. 64

Zurück
Dr. Richard Fabian
 Arzt für innere Krankheiten
 Hohenzollerndamm 190

Deutscher
 Metallarbeiter - Verband
 Verwaltungsstelle Berlin

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
 7 1/2 Uhr: Das Volk
 Die Komödie der Jungen
 Neues Volkstheater
 Käpplerstr. 68
 7 1/2 Uhr: Lokalbahn

Staatstheater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Cavalleria rusticana
 Bajazzo
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Niesca

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Valsch u. Perlmutter

Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen

Großes Schauspielhaus
 Karlsruher
 8 Uhr: Die Weber
 (12. Abstellung, 4. Abend)

Theater i. d. Königgräber Str.:
 Täglich 7.30 Uhr

Satans Maske
 Mit dem Jener spielen
 Maria Orska, Riemann, Bildt

Komödienhaus:
 Mittwoch zum 1. Male:
Jonny's Busenfreund
 Schönd in 3 Akten mit
 Max Ballenberg, Hans Wähmann

Berliner Theater:
 Täglich 7.30 Uhr

Milliarden Souper
 Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Die 714 Uhr
Strohwitwe
 Operette von Leo Blech

METROPOL
 Behrenstraße 64.
 11 Uhr:
11 Schlager

Circus Taraselli
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich 8 Uhr
Vorstellung
Saal frei!
 Solider Preis
 Gegenüber Bahnh. Potsdamer
 Allee. Ankunfts bei
 Kaspar, Hochstr. 31 IV.

LUNA - PARK
Neue Volkstag
 Eintritt 2.- / Kinder 1.-
Groß-Konzert
**Höhen- u. Wasser-
 Feuerwerk**
 John Hagenbeck's
 Reubler- und Sudanesenschau

Agitationsbeamter
 für das Rheinische Industriegebiet zu sofort gesucht.
 Bewerbungen bis zum 15. September an das Zentral-
 komitee der Knab. Gg. Partei, Berlin C 2, Breite Str. 66

Achtung! Achtung!
Filmindustrie
Große öffentliche Versammlung
 sämtlicher Arbeitnehmer der Filmindustrie, heute,
 Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im „Alten
 Aaskanier“, Anhaltstr. 11

**Zentralverband der Angestellten
 Zentralverband der Film- und
 Kinoangehörigen**
 Im Auftrag: P. Bardeleben.

Arbeiter - Stenographen - Verein
 Stolze-Gärten 21, Groß-Berlin, Begründet 1909.

Neue Anfänger-Kurse beginnen:
 Donnerstag, 1. Sept. 1921
 abends 7 1/2 Uhr.
 Freitag, 2. Sept. abends 7 1/2 Uhr.
 Montag, 5. Sept. abends 7 1/2 - 8 Uhr.
 Dienstag, 6. Sept. abends 7 1/2 Uhr.

Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins!
 Jede Woche an gleichen Tage Unterricht. Jede 2. Woche
 Mitte September. Das Unterricht wird durch die Teilnahme
 mehr 18 Jahre 18 1/2. Über 18 Jahre 18 1/2. einschließlich der
 Schmitt und in am ersten Abend zu zahlen.
 Schriftliche Anfragen beantwortet (Nachmittags besichtig)
 Alexander Urban, Schöneberg, Eisenacher Str. 64.

Graphisches Gewerbe
 Dienstag, den 6. Septbr., abends 5 1/2 Uhr
 in der Schulaula des Sophien-Realgymnasiums
 Steinstraße:

Berichterstattung vom Gewerkschaftskongress
 und die Lage in Sowjet-Russland.
 Da die zum 31. August einberufenen Versammlungen
 infolge der Demonstration vertagt werden mussten,
 wird diesmal um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.

Deutscher Metallarbeiter - Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Piniestr. 33-35
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Ruf-Norden 185, 1230, 1967, 9714.

Am Donnerstag, den 4. September 1921, nachm. 8 Uhr
Versammlung
 aller Betriebsräte der Gruppe 19 u. 20
 in der Schulaula, Köpenicker Platz 12.
 Tagesordnung:
 1. Die wirtschaftliche Lage unserer Gruppe.
 2. Bericht von der Betriebsräte-Generalsversammlung.
 (siehe Nr. 14 der Wochenbeilage der Metallarbeiter-Zeitung)

Groß-Berlin

Die Lage der Berliner Straßenbahn

Von einem in der Kommunalverwaltung tätigen Genossen wird uns unter obigem Titel geschrieben:

Bei Übernahme der Straßenbahn vom Zweckverband Groß-Berlin war ein Defizit bis zu 20 Millionen Mark im Monat vorhanden. Die neue Verwaltung hatte zwei Aufgaben zu lösen. Sie mußte sämtliche Straßenbahnen Groß-Berlins zu einem einheitlichen Unternehmen verbinden, wobei ungeheure verwaltungstechnische Schwierigkeiten zu überwinden waren. Diese Reorganisationsarbeit ist mit Erfolg durchgeführt.

Die andere Aufgabe bestand darin, die vorhandene Defizitwirtschaft schleunigt zu beseitigen. Zu bemerken ist, daß der Ausschuß, den die Stadtkommissionenversammlung zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn eingesetzt hatte, feststellen mußte, daß sowohl das

Wagenmaterial und die Gleisanlagen vollständig heruntergewirtschaftet,

und selbst in den Vorkriegsjahren zu wenig für Erneuerungen aufgewendet war.

Es wurde rechnerisch festgestellt, daß ein Kapital von 300 bis 400 Millionen Mark erforderlich sei, um die dringenden Erneuerungen durchzuführen. Diese Mittel standen bei der Finanzlage der Stadt nicht zur Verfügung. Heute kann konstatiert werden, daß die verwaltungstechnischen und finanziellen Schwierigkeiten, und diese ohne Hinzuziehung von Privatkapital, behoben sind, und eine allmähliche Gesundung zahlenmäßig festzustellen ist.

Durch die Tarifserhöhung wurde eine Mehreinnahme von rund 8 Millionen Mark erzielt. Das restliche Defizit von 12 Millionen Mark monatlich wurde durch gründliche Umorganisation auf technisch-kaufmännischer Grundlage und nach Grundrissen wissenschaftlicher Betriebsführung beseitigt.

Einige Beispiele seien hier angeführt. So ging die Anzahl der Motorschäden, die im Vorjahr 150 pro Woche betragen, auf 48 bis 50 zurück. Die Zahl der aus dem Betrieb infolge Beschädigung herausgezogenen Wagen reduzierte sich von 70 auf 38. Durch bessere Unterweisung der Führer verringerten sich die Zusammenstöße. Auch der Stromverbrauch ist pro Wagenkilometer um 15 Prozent gesunken. Dies allein bedeutet schon eine Ersparnis von rund 12 Millionen Mark im Jahr. Hierdurch und durch eine bessere Stromverteilung wurde das Kraftwerk der Straßenbahn in Charlottenburg überflüssig, wodurch weitere Betriebsersparnisse erzielt wurden.

Nicht zu vermeiden war die Einziehung unwirtschaftlicher Linien, wodurch eine Ersparnis von ca. 32 Millionen Mark im Jahr erzielt wurde. Diese Ersparnisse mußten gemacht werden, um die Mittel für die Instandhaltung der Gleise zu schaffen. Bei diesen Arbeiten wurden im vorigen Jahre 1100, jetzt 1500 Mann beschäftigt.

Für den Herbst sind

eine Reihe von Verkehrsverbesserungen

geplant: So wird der Gleisanschluss von Friedrichsfelde und der vormaligen Berliner Ostbahn vollzogen, wodurch eine unmittelbare Linie Oberhönowerweide-Lichtenberg-Frankfurter Allee-Alexanderplatz hergestellt wird. An der Potsdamer Allee wird der Gleisanschluss mit der Stromstraße vollzogen, wodurch neue Linien vom Norden Berlins über Birchow-Krankenhaus-Moabit-Lützowplatz-Potsdamer und Anhalter Bahnhof nach Kienitz zur Durchführung kommen. Eine Verbindung von Banow-Moabit-Charlottenburg wird durch den Gleisanschluss Banstraße-Prinzenallee im Norden hergestellt. Durch doppelten Gleisanschluss am Rathaus Steglitz wird eine unmittelbare Verbindung von der Stadt über Schöneberg-Bahnhof Steglitz-Birchstraße einerseits und Schloßstraße-Grünewaldstraße nach dem Grunewald andererseits möglich.

Im übrigen ist die Verwaltung bemüht, den Wünschen der Bevölkerung insofern Rechnung zu tragen, als sie dem Verkehr den jeweiligen Bedürfnissen Rechnung zu tragen versucht. Dies geschieht auf Grund einer jetzt durchgeführten Verkehrstatistik, die täglich und stündlich einen Überblick über den Verkehrsbedarf gestattet.

Die Verwaltung ist bemüht, den Güterbetrieb auszugestalten. Der Postbetrieb bringt eine Einnahme von rund 6 Millionen Mark im Jahr. Jetzt werden direkte Verbindungen zwischen einzelnen Fabriken in Oberhönowerweide, im Norden und im Westen Berlin hergestellt. Sodann soll noch im Laufe dieses Jahres der Kohlentransport zwischen den Gaswerten und den wichtigsten

Kohlenabladepätzen von der Straßenbahn übernommen werden. Beachtlich ist ferner der Abtransport der Güter von den Güterbahnhöfen.

Eine Kleinarbeit ist geleistet, und es wäre zu wünschen, daß auf der bisherigen Basis weitergearbeitet werden könnte.

Die notwendig gewordene Lohnerhöhung soll leider durch eine Tarifserhöhung weitgemacht werden. Bei einer Erhöhung von nur 80 Pf. pro Stunde beträgt dies monatlich rund 3,3 Millionen Mark.

Die Wiederherstellung der

Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahn

hat sich unter der Herrschaft der sozialistischen Mehrheit vollzogen. Diese Tatsache darf im Wahlkampf nicht außer acht gelassen werden, da unsere Gegner immer wieder, leider mit Erfolg, behaupten, daß die Unwirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe auf die „sozialistische Herrschaft“ zurückzuführen ist. Die „sozialistische Herrschaft“ hätte ohne Störung der bürgerlichen Parteien vielleicht auch noch andere durch die Herrschaft des Bürgertums verloriene städtische Betriebe schnell in Ordnung bringen können. Sie haben es verschuldet, wenn diese Tätigkeit bis nach den Neuwahlen verzögert wird. Die Antwort der Bevölkerung Berlins am 16. Oktober wird dem Bürgertum alle Störungsversuche für immer austreiben.

Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten

Der Ernst der allgemeinen Finanzlage der Stadt zwingt den Magistrat, auch bei den Krankenhäusern die große Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben durch eine Steigerung der Einnahmen zu verringern. Wenn die Kur- und Verpflegungskosten zur Verminderung der Zuschußleistung beitragen sollen, wird die Erhöhung eine beträchtliche sein müssen. Der Magistrat hat sich zu einer Erhöhung nur schwer entschließen können. Auswärtige große Gemeinden haben bereits bedeutend höhere Pflegegebühren als Berlin. Die geplante Erhöhung wird jährlich zirka 10 000 000 M. Mehreinnahme einbringen.

Die Kur- und Verpflegungskosten für die Mitglieder von Krankenkassen und für die Selbstzahler vom 1. September 1921 ab — Färsen sollen vermieden werden — sollen wie folgt festgesetzt werden: a) für Erwachsene, Klasse III, 25 M.; b) für Kinder unter 14 Jahren, Klasse III, 10 M.

Für Kinder, welche wegen akuter Infektionskrankheiten aufgenommen werden, soll jedoch der bisherige Satz von 6 M. pro Kopf und Tag bestehen bleiben.

c) Auswärtige zahlen die doppelte Sätze.

Zusätzlich zahlen 80 M. pro Kopf und Tag.

Der Verband der Krankenkassen Groß-Berlins hat sich mit der Erstattung von 25 M. pro Kopf und Tag für Kassenmitglieder vom 1. September 1921 ab einverstanden erklärt. Der Magistrat hat der Stadtkommissionenversammlung eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Vom Nachrichtenamt des Magistrats wird mitgeteilt:

Die Selbstkosten für einen Krankenverpflegungstag in den städtischen Krankenhäusern haben durch die Erhöhungen der Gehälter und Löhne und die allgemeine Teuerung zur Zeit eine außerordentliche Höhe erreicht. Die Ausgaben pro Kopf und Tag für unsere Kranken betragen zur Zeit rund 60 Mark, denen bei Erwachsenen nur 18 M. pro Kopf und Tag Einnahmen gegenüberstehen.

Amerika-Liebesgabenstrolch

Sehr lange Erörterungen drehten sich in der heutigen Verhandlung um das große Kentucky-Tabakgeschäft, welches die Firma Pfannenschmidt u. Drever mit dem Tabakfabrikanten Otto Brinmann in Köln abgeschlossen hatte.

Der Tabak sollte angeblich für die oberhessischen Bergleute bestimmt sein und angeht die damals bevorstehende Abstimmung zur Hebung der Stimmung in diesen Kreisen dienen. Die Bergleute haben den Tabak nicht erhalten, denn die 18 Waggons Kentucky-Tabak sind beschlagnahmt worden. Auch über diesen Tabak ist die Verfallsfristung ausgesprochen worden.

Der Junge Reg. Rat Hans Kaiser war seinerzeit Deputierter in der Auslandsabteilung der Reichsstelle für Textilwirtschaft. Er bekundet, wie Frau Koll mit ihm in Verbindung gekommen ist. Frau Koll hat erklärt, daß sie in der Lage sei, mit Hilfe der ihr zu Gebote stehenden amerikanischen Geldmittel Nahrungsmittel zu beschaffen. Aus der weiteren Verfolgung dieses Gedankens hat sich dann die Verwirklichung der Idee durch Eröffnung der Küche Ende Oktober 1920 ergeben.

Junge Wilhelm von Klügge, Reichsbeauftragter für Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, läßt sich umfänglich über die Organisation dieser Reichsstelle und über die Richtlinien, die für die Bewilligung von Einfuhrscheinen im allgemeinen und für die Liebesgaben der Frau Koll im besonderen bestanden, aus.

Der Vorsitzende hält es immerhin für eigenartig, daß man sich nicht recht genau nach den Verhältnissen der „Wirtschaftshilfe“ erkundigt habe, und offenbar die Prüfung der Frage, was Liebesgaben sind oder nicht, recht mangelhaft war, denn es sei keine Klarheit darüber zu schaffen, wem nun eigentlich die Prüfung der Grundlagen oblag. Fortsetzung Dienstag 9 1/2 Uhr.

Die „Ostverkäufe“ in der Mark

Die Aufklärung des Mordes an dem Schwertriebsbeschädigten Franz Schröder hat in Jansin bei Landsberg, dem Wohnort des Täters, große Aufregung hervorgerufen. Zur Nachprüfung seines Geständnisses waren Berliner Kriminalbeamte mit ihm nach der Ortschaft gefahren, um in dem Garten des Gehöftes Nachgrabungen nach der Leiche anzustellen. Befehle zeigte auch eine Stelle in dem hinter der Scheune gelegenen Garten. Bei den Nachgrabungen stießen die Beamten zuerst auf das künstliche Bein des Ermordeten. Dann wurde die betreffende Stelle in weitem Umkreise ausgehoben, um die Leiche unverfehrt bergen zu können. Nach der Ausgrabung wurde Feschke wieder nach Berlin gebracht und gestern dem Schlichter Schimmel aus Jansin nochmals gegenübergestellt, den er der Mittäterschaft beschuldigt. Hierbei entspann sich wieder eine wilde Szene, da beide gegeneinander iärrlich werden wollten. Die Behörde hofft auch jetzt den Fall Gröfche aufzuklären. Der Landwirt Gröfche ist bekanntlich im März bei Wüldendorf, unweit Jossen, ermordet worden.

Wozu die Schupo Zeit hat

Am Sonnabend nachmittag wurde bei dem Leichenbegängnis des Generals von Bülow die Scharnhorststraße sowie die Umgebung länger als eineinhalb Stunden vor dem Leichenbegängnis durch Beamte der Schupo abgesperrt. Dadurch wurde völlig unnötig der Verkehr in der ganzen Umgebung gehindert, insbesondere da andere etwa in Frage kommende Umgehungsstraßen wegen Baulicheiten gesperrt sind.

Fuhrwerke und Passanten mit Kägern war dadurch ein Erreichen ihres Zieles unmöglich gemacht worden. Der Leiter der Abperrungsmassnahmen, ein Leutnant der Schupo, verweigerte jede Auskunft über den Zweck der Abperrung, und schritt einfach zur Sicherung eines Beschwerdeführers der auf Auskunftserteilung bestand.

Die ganze Abperrung war ein Unfug, weil der eigentliche Zug nach dem Admarsch in einer Viertelstunde vorüberzog. Während dieser Zeit hätte auch ohne großes polizeiliches Aufgebot der Zug ungehindert passieren können.

Bei proletarischen Leichenbegängnissen ist polizeiliche Hilfe nicht nötig, ebenso sollte aber auch bei anderen Leichenzügen die Polizei nicht herangezogen werden, wenn man nicht absolut den Beweis erbringen will, daß die Schupo andere Aufgaben zu erfüllen nicht instande ist.

Die nächste Jugendweihle findet am kommenden Sonntag, vor-mittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, statt. Es wirken mit: Konrad Löwe (Orgel), Alfred Wittenberg (Violine), mit Begleitung der Orgel, Albert Florath vom Staatstheater (Rezitation), die Ansprache hält Rektor Holt, M. d. L., der Gemischte Chor „Groß-Berlin“, unter Leitung seines Dirigenten Herrmann Scherchen. Eintrittskarten für Erwachsene à 3,50 M. und für Kinder zu 2 M., sind im Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8/9, zu haben. Wir bitten die Eltern und Angehörigen sich bald mit Karten zu versehen, da diese in den letzten Tagen vergriffen sein werden. Eine Anzahl Gastkarten à 3,50 M. können noch abgegeben werden.

Bei der geistigen Vorführung der Drez. Uda in der Stanislova, ist der Träger der Hauptrolle, der Heldentenor Heinrich Mann während der Vorstellung an Herzschlag gestorben. Die Vorstellung wurde daraufhin sofort abgebrochen.

In dem Sühnritual zwischen Tempelhof und Schleißer-Bahnhof hat der Arbeiterrat Georg Hopf von der Firma Stroh, Wollensfeld, eine Altentafel liegen lassen. Inhalt: Verbandsmaterial, Mittagsbüchse. Der ehrliebe Kinder wird gebeten, diese Tafel beim Metallarbeiterverband, Zimmer 6, abzuliefern resp. werden die Kollegen gebeten, sobald die Bücher auftauchen, sie sofort anzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Apollotheater. Das Septemberprogramm des Apollotheaters ist nicht sehr reichhaltig; am angenehmsten berührt aber ganz entschieden, daß sich der gute Humorist Erik Steidl von der Politik fernhält. Seine Tierimitationen finden mit Recht stürmischen Beifall. Wir haben noch die Kaley, eine ausgezeichnete Schlenkerbreitkrobinengruppe, und den schwedischen Zauberer Tegethoff hervor. Die „Nacht in Sevilla“ ist sehr mäßig; wir glauben zwar auch, daß man heute in Spanien ebenfalls moderne Tänze tanzt; ob aber gerade im Nationalkostüm? Warum glaubt Maria Boigtsberger singen zu müssen? G. S.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Nachdruck verboten.)

„Und all die Diensthote, all in Schwarz,“ flüsterte sie Gretchen zu, „des solch widder. Wu nehmen se's dann her? Was hat der Parrer gelaat? Nix vom Peter? Ach ich hör jo nix, ich seh jo nix! wann ich norre vor Lumme konn!“ Aber es war ihr nicht möglich. Nach der Rede des Geistlichen hürzten all die Leute wie ein Ameisenhaufen über das Grab her, als gäbe es dort etwas zu sehen oder zu holen; ringsum wimmelte es; sie wurde von Gretchen und Rätchen getrennt und sah sich plötzlich Alwine und deren Vater gegenüber.

Sie knigte tief und fing einen konfusen Spruch an von Anstid und „wen Gott lieb hat“, von Trauer und Schicksalslägen, aber Alwine sah erstalt nach ihr und nickte kaum merklich; ihr Vater stieg, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, gerade, als sei die Alte Lust, direkt vor ihr in seinen Wagen, da fuhren sie auch schon ab.

Die Alte blieb bolzengrade stehen. „Ed machst du's? Des soll d'r vergolte sein, du altes wilsches Tier! Des werd d'r nit vergess! De Hochmütige diele auch noch? No wart norre! Dein Zeit werd noch lumm!“

Wie eine Patze, die die Schere hoch hält, weil sie den Lebensfaden eines Menschen in greifbarer Nähe vor sich hat, reckte sie sich auf, bereit, ihn abzuschneiden. Aber es war niemand da, ihre Attitüde zu beachten.

Die Leute rannten und stolperten und sprachen noch immer durcheinander und machten enttäuschte Gesichtser dazu, wie bei einem Fest, das durch einen tüchtigen Regen aus gestört wurde.

Es ging ja zu wie bei jedem Begräbnis; der Pfarrer rebete nicht mehr und nicht weniger als sonst, die Leidtragenden hatten schwarze Kleider, werfen Erde auf den Sarg wie sonst, und waren sogar etwas schneller fort wie sonst — ein paar Wagen fuhren nach verschiednen Richtungen — aus war's.

Die alte Kagebergern raffte schimpfend ihren schwarzlischen Rock über der Krinoline zusammen und stieg über die glitschig nasse Fyrdhofserde; da sah sie plötzlich den alten Hannes und Tina vor sich, die hinter einem Grabstein aufschielten.

Als sie freundlich neugierig nähertrat, wichen die beiden mürrisch zurück, blickten die Alte ganz feindselig an und gingen wortlos auseinander. Beide taub für das Rufen und Schreien der Kagebergern.

Tinas Gesicht brannte, sie stolperte vor Eile; es ward ihr kalt und wieder heiß; was ihr Hannes soeben zugeflist, die Zeitung, die sie der „Kadame“ geben sollte — es war eine Mission, eine schwere und verantwortungsvolle, so hatte der Gräfe Hannes gesagt. Ihre Zähne schlugen vor Aufregung aufeinander, und die Eier des niederen Volkes nach Sensation war was in ihr geworden. Ihre steifen Finger hielten die Zeitung fest. Jetzt wußte man es sicher! Der Dampfer, mit dem Peter überfuhr, war wirklich auf offener See gesunken. Da stand's schwarz auf weiß und haarlein. Und diese Zeitung mußte sie Peters Mutter bringen.

Ruhelos, wie sie sie verlassen, ging die blasse Frau immer noch im Zimmer hin und her. Sie trug stets ihre weißen Kleider, nur hatte sie sich in der letzten Zeit gewiewert, sie zu wechseln. Die Schleppe hing von dem Hin- und Herschreiten in Fetzen um sie. Die Haare fielen wirt, aufgelöst und zerzaust herunter und die Augen wanderten rundum. Dabei sprach sie unausgesetzt vor sich hin. Meistens mit Peter. Sie dachte mit ihm, sie rief ihn, sie bat ihn um Verzeihung, sie wiegte ihn in den Armen hin und her, wie sie das kleine Kind hin und her gewiegt hatte. Peter und das Kind waren eins und trennten sich doch wieder für sie — dann sprach und flüsterte sie tagelang nur mit ihm.

Helene lag mit geschlossenen Augen auf dem Divan; den ganzen Nachmittag lag sie schon so da, allein mit der Kranken, und bemühte sich, den Kopf fest in die Kissen zu pressen, um dies ruheloze Wandern nicht zu sehen und zu hören.

Es war kalt in dem iden Hause, vor demen Fenster der Nebel in Mauern stand. Man hatte nachgehigen vergessen, alles Gefinde was fort und Helene strot. So fest sie ihr Gesicht auch in den Kissen vergrub, immerfort mußte sie wieder auf die Tritte hören, die ruhelos durchs Zimmer gingen, und auf die leisen, stehenden Worte.

Heinrichs Tod war der Mutter mitgeteilt worden. Der Arzt glaubte, die Todesbotschaft könne sie vielleicht aus ihrem wirren Zustand reißen — aber sie nahm auch diese vollständig gleichgültig auf. Erst nach und nach wurde sie lebhafter. Ja, dann sollte Peter wieder kommen, Peter — und nun begann ihr wiperndes Zwiegespräch mit der Stimme Peters aus neue.

Der erste Ton des Schlüssels in der Haustüre dröhnte so

laut durch das Haus, daß Helene erschraf. Es klang so heftig, so dringlich, was war denn nur wieder?

Nun stand auch schon Tina, die über die Treppe heraufgestürzt war, mit ihrer Zeitung im Zimmer und ging geradewegs auf die Mutter zu, Furcht und Gier zugleich in den Augen, während ihre Stimme vor Aufregung über-schnappte:

„Peter“ — die Mutter hörte sofort auf — „Peter ist untergegangen mit dem Dampfer, jetzt weiß man es gewiß, da! da!“ sie deutete mit der Hand auf die Zeitung; „mit dem da ist er gefahren, und alle sind zugrund gegangen im Sturm.“

„Im Sturm?“ Die Mutter blieb stehen. „Peter im Sturm? Peter ist tot? Peter ist ertrunken?“

Sie begann halb heulend, halb klagend den Sturm nach-zuzahlen, dabei in die Hände klatschend und rief: „So tun die Wellen! die Wellen!“ und rannte hin und her und ließ sich nicht halten. Und rannte am Nachmittag, am Abend und in der Nacht, und klatschte fortwährend in die Hände, wie die Wellen ans Schiff klatschten, und heulte wie der Sturm und rief und schrie nach Peter.

Helene ging und Alwine kam; der Vater wurde geholt und der Arzt. Sie sah keinen und hörte auf keinen. Das dauerte Tag und Nacht so fort, kaum daß sie, von der körperlichen Anstrengung ermattet, sich ein wenig legte, höchstens kauerte sie in einer Ecke am Boden oder stand mit starren Augen am Fenster.

Die Ärzte rieten zur Geduld, schüttelten den Kopf und zuckten die Achseln, — vielleicht, daß irgendeine große seelische Erschütterung sie heraufsteigen könnte.

So verging der Winter, und so wurde es Frühling.

Helene reiste ab, ohne daß die Mutter sie vermisste. War ihr Mann bei ihr, konnte sie auf Augenside ganz ruhig werden, sich erschöpft neben ihn setzen und in ein leises Weinen oder in stilles Brüten verfallen. Manchmal erkannte sie ihn und war wie früher, sprach von vergangnen Dingen mit seltener Klarheit; ja sie setzte sich sogar einmal ans Klavier, und dann kam ganz dünn und zaghaft eine kleine Melodie, die plötzlich wieder abbrach:

„Nun wandre Maria,

„Nun wandre fort,

„Schon träben die Hähne

„Und nah ist der Ort.“

Ihr Mann sah dabei, preßte die Fäuste auf die Augen und biß die Zähne übereinander. (Fortf. folgt.)

